

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Anschluß für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat 1.00. Ein einzelnes Exemplar 1.50. Fernsprecher Nr. 11. Abonnementpreis: Die tägliche Zeitungszeitung über dem Namen Grundjahr 12.45, Grundjahr einer Reklamzeitung 12.50. Die Fernsprecher sind mit der Schlüsselzahl 24 Millionen zu multiplieren bei Wiederholungsabonn.

Nr. 256.

Altensteig, Donnerstag den 1. November.

Jahrgang 1923

Für November

sind Bestellungen auf unsere Zeitung sofort zu machen, wenn unsere Zeitung ununterbrochen in den Besitz der Leser kommen soll.

Wir liefern unsere Zeitung:

im direkten Verkehr

(durch die Austräger und Agenten) gegen wöchentliche Bezahlung,

durch die Post

gegen eine vorläufige Anzahlung und Nach-
erhebung des Restbetrages, sowie

gegen Lieferung von Naturalien.

Wirtschaftsräte im besetzten Gebiet.

Mit auffallendem Eifer suchen die leitenden Stellen der Besatzungsmächte im Sanktions- und im Einbruchgebiet ein Netz von Wirtschaftsräten in Wirksamkeit zu setzen. Vor kaum zwei Wochen gaben die Franzosen die erste Anregung, und schon ist ein Wirtschaftsrat für den Düsselborfer Bezirk seit einer Woche in Tätigkeit. In Essen ist vor wenigen Tagen ein Wirtschaftsrat gebildet worden, und die Bildung von Wirtschaftsräten in den Bezirken Duisburg, Bochum und Dortmund ist im Gange. Daraus geht klar eine wirtschaftliche Zusammenfassung des Sanktions- und Einbruchgebietes hervor. Und gestern haben die Franzosen durch ihren Propagandabienst kundgetan, daß der kommandierende General Degoutte sich mit der Zusammenfassung dieser Wirtschaftsräte, oder wie die Franzosen sich ausdrücken, „mit der Schaffung einer höheren ökonomischen Einrichtung, deren Besorgnisse einen erweiterten Charakter haben sollen“, befaßt. Ueber diese für die gesamte Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes lebenswichtigen Vorgänge kann die „Köln. Ztg.“ folgendes feststellen:

Während der Unruhen und Minderungen in Düsseldorf vor zwei Wochen sah sich die Düsselborfer Stadtverwaltung bei dem kleinen Bestand ihrer Sicherheitspolizei gezwungen, an die französische Besatzungsbehörde wegen Hilfe für Ordnung heranzugehen. Bei den folgenden Verhandlungen im Rathaus zwischen städtischer Verwaltung, Besatzungsbehörde und Wirtschaftlern gab der Vertreter der Franzosen die Anregung, engere Fühlung zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft zu nehmen und durch die Stadtverwaltung und die Handelskammer Vorschläge zur Gründung eines Wirtschaftsrats machen zu lassen. Aufgabe dieses Wirtschaftsrates sollte sein, alle Fragen zur Wiederaufrichtung der gesamten Wirtschaft, der Industrie, des Handwerks, des Handels, des Finanzwesens, des Verkehrs und Transportwesens usw. zu prüfen. Schon acht Tage nach dieser Anregung konnte der Düsselborfer Wirtschaftsrat seine erste Sitzung halten. Den Vorsitz führte ein Vertreter der städtischen Verwaltung, der Beigeordnete Dr. Leht. Der Wirtschaftsrat zählt 17 Mitglieder, 12 Deutsche und 5 Franzosen. Auf der deutschen Seite sitzen Vertreter der Stadtverwaltung, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Großindustrie, der mittleren und der kleinen Industrie, des Transport- und Speditionsgewerbes, der Banken, der Landwirtschaft, der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

Die Staatsregierung und die Reichsregierung sind an diesen Wirtschaftsräten nicht im geringsten beteiligt, sie sind vollständig ausgeschlossen. Diese Wirtschaftsräte werden von den Franzosen aufgebaut auf den Poincaré'schen Gedanken, nicht mit Berlin zu verhandeln, sondern sich an die örtlichen Organisationen zu halten. Die Wirtschaftsräte können keine Beschlüsse fassen, sondern nur Aussprachen halten und Vorschläge machen. Alle aus den Aussprachen sich ergebenden Vorschläge werden von den französischen Vertretern dem Kommandierenden General Degoutte übermittelt. Bei diesem heißt

jede Entscheidung, jeder Entschluß. Der Düsselborfer Wirtschaftsrat wie die andern Wirtschaftsräte, die unter französischem Einfluß entstehen, sind wirklich nur Räte ohne jede Befugnis zu irgendwelchem selbständigen Handeln. In der ersten Sitzung des Düsselborfer Wirtschaftsrates hat sich das deutlich gezeigt. Die Vertreter verschiedener Körperschaften redeten sich alles vom Herzen herunter, was sie so schwer bedrückt. Die Gewerkschaftsführer z. B. schilderten die kommenden Tage überaus dunkel und folgenschwer und vor allem die bedrückenden Folgen der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit. Handel und Industrie erläuterten die Bedeutung der Beschaffung von Kohlen und Rohstoffen und der Behebung des Kredit- und verlangten Befreiung von der Kohlensteuer oder wenigstens Stundung dieser Steuer. Das alles hörten die fünf Franzosen ruhig an. Sie gaben keine Auskunft auf alle Vorschläge, Wünsche und Klagen, sie redeten überhaupt kein Wort. Das wird ein Charakteristikum dieser Wirtschaftsräte sein und bleiben, daß die Vertreter der Franzosen im Vertrauen auf die unerlöschliche Neugierigkeit des Deutschen sich mehr auf das Hören und Erpähen von Schwächen in der deutschen Stellung beschränken werden. Beobachten und warten“ ist in diesen Tagen für alle Gebiete als französische Lösung ausgegeben worden.

Auch in den Ausschüssen des Wirtschaftsrates können keinerlei Beschlüsse gefaßt werden. In diesen Ausschüssen kommen nur Fachleute zum Wort, aber sie dürfen nur Anregungen geben und Vorschläge machen, die durch die französischen Vertreter lediglich an eine andere französische Stelle zur Prüfung weitergeleitet werden. Der wichtigste Ausschuss ist der für Kohlen und Rohstoffe. Dieser Ausschuss hat schon eingehend die Kohlenfrage besprochen und dabei die bedeutendste Einzelfrage, Zahlungsvereinfachungen für die rückständige Kohlensteuer, behandelt. Sehr lehrreich für die Bedeutung und die Wirksamkeit dieser Wirtschaftsräte ist die Bemerkung die in dem französischen Bericht über die Kohlenausbeziehung und die Frage der Kohlensteuer gemacht wird. Die französische Besatzungsbehörde sagt dazu: „Es muß bemerkt werden, daß die Wirtschaftsräte sich nicht mit dem Zahlungsgrundsatz der Kohlensteuer noch mit einer Erweiterung über bestehende Verfügungen zu befassen haben.“ Also nicht einmal eine „Erörterung“ der bestehenden französischen Verfügungen soll in den Wirtschaftsräten zugelassen werden? Welche praktische Bedeutung sollen dann diese Wirtschaftsräte überhaupt haben?

Während dieser Verhandlungen in den letzten Tagen haben die Franzosen alle großen Holzlager im Düsselborfer Bezirk beschlagnahmt, und jetzt lassen sie sich in täglichen Verhandlungen Teilnehmungen dieser beschlagnahmten Holz für den dringendsten Bedarf der Industrie und des Handwerks abbetiteln. Für den Fernsprecher, heute auch ein wesentliches Instrument wirtschaftlicher Tätigkeit, ist dieselbe französische Hemmungsbremse zu beobachten. Für die Wiederaufnahme des Fernsprecherbetriebs in Düsseldorf haben die Franzosen angeordnet, daß für jeden einzelnen Anschluß eine besondere Genehmigung der Besatzungsbehörde eingeholt werden muß und daß zunächst einmal nur zehn Anschlüsse wieder freigegeben werden, wofür die Handelskammer Vorschläge machen soll. Eine solche französische Verfügung gilt für ein Fernsprechnetz mit bisher 15 000 Anschlüssen! Ueber bestehende französische Bestimmungen soll aber einem Wirtschaftsrat nicht einmal eine „Erörterung“ gestattet sein! Ueberall hört man, auch jetzt in diesen Wirtschaftsräten, auf den französischen Grundlag: „Wir beobachten und warten.“

Bayerns Haltung.

Unnachgiebige Haltung der bayerischen Regierung.

München, 31. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Der bayerische Ministerrat hat sich mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr wieder herzustellen. Die bayerische Staatsregierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern unter Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen dem Reich und Bayern als Trennhändlerin des Deutschen Reiches verpflichtet. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt.

Der dadurch geschaffene Zustand ist daher verfassungsmäßig. Die Veranlassung dazu bildete der neuerliche Eingriff in die bayerischen Hoheitsrechte. Er hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern aufgerollt. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß Konflikte zwischen Reich und Ländern in Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das friedliche Leben des Reiches und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Änderung im Oberbefehl des bayerischen Teils der Reichswehr untragbar war. Die Forderung der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt einer weiteren Beratung vorbehalten.

München's vorläufige Antwort.

München, 31. Okt. Die vorläufige Antwort, die Dr. Preger am Mittwoch in Berlin übermittelt hat, kann immerhin als Betreten des Verhandlungsweges aufgefaßt werden. In der Hauptsache soll die Antwort in Rückfragen bestehen, u. a. aber auch die entschiedene Verwahrung der bayerischen Regierung gegen den Vorwurf des Verfassungsbruches enthalten sowie die Feststellung, daß nach bayerischer Auffassung eine Regelung der Personalfrage unter Obferung des Generals von Dossow nicht in Betracht kommen kann.

Sahrs Maßnahmen an der „Grenze“.

Berlin, 31. Okt. Dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ wird aus München eine Anweisung des bayerischen Generalkommissars v. Sahrs an sämtliche bayerische Gendarmeriestationen mitgeteilt, die angeblich „streng geheim“ gegeben worden ist. Sie lautet:

„Die Lage in Sachsen und Thüringen erfordert, daß an der bayerischen Grenze Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß alle bedeutsamen Vorgänge auch in den Nachbargrenzbezirken erkundet und der Regierung gemeldet werden. Wichtig ist vor allem, möglichst bald ein eingehendes Bild über die politische Lage und die Stimmung diesseits und jenseits der bayerischen Grenze zu erhalten. Es ist vor allem festzustellen: 1. Sind in Sachsen und Thüringen bereits kommunistische Organisationen festgestellt? Wo und in welcher Stärke und mit welchem Zweck? 2. Besteht die Absicht, jenseits der bayerisch-sächsisch-thüringischen Grenze bei „allenfallsigen Reichsaktionen“ Widerstand zu leisten? Wie ist der Widerstand beabsichtigt? Ist etwa unter Umständen ein Uebertreten kommunistischer oder anderer Verbände nach Bayern beabsichtigt? 3. Ist kommunistischer Kurierdienst bereits aufgerufen und in Tätigkeit? Wie kommt er zum Ausdruck, besteht eine Verbindung zwischen den Anhängern der kommunistischen Partei in Bayern mit denjenigen in Sachsen und Thüringen?“

Die Anordnung fordert dann zur strengen Ueberwachung der sozialistischen und kommunistischen Führer auf, um Uebertretungen zu erfahren. Es sollen zunächst Beamte des Post-, Zoll-, Kohlen- und Eisenbahndienstes in Bayern mit diesem Auftrag betraut werden.

Die Vorgänge in Sachsen.

Regierungsbildung im sächsischen Landtag.

Dresden, 31. Okt. Der sächsische Landtag ist am Dienstagabend zusammengetreten, um die „Lage zu klären“ und ein neues Kabinett zu bilden. Die Abgeordneten aller Parteien waren fast vollständig erschienen. Die Minister des Kabinetts Reigner waren gleichfalls im Hause, doch hatten sie ihre Plätze als Abgeordnete eingenommen, so daß die Regierungsbank leer war. Die Beratungen über die Regierungsbildung sind nicht leicht gewesen. Von kommunistischer Seite wurde immer wieder der Versuch gemacht, die Sozialdemokraten noch einmal zu einer Koalition mit ihnen zu bewegen. Wenn auch in der Sozialdemokratie zweifellos eine große Reizung vorhanden hat, trotz der Ereignisse der letzten drei Tage es noch einmal mit einer Koalition mit den Kommunisten zu versuchen, so dürfte doch die Erklärung des Staatskommissars Deitke entscheidenden Einfluß ausgeübt haben, die dahin ging, daß der Staatskommissar für den Fall einer Kabinettsbildung mit Einschluß der Kommunisten dieses Kabinett nicht anerkennen könne und der augenblickliche außerordentliche Zustand in diesem Falle eben bis auf weiteres verlängert werden müßte. Um der ungewöhnlichen Lage jedoch ein Ende zu machen, ließ sich die Sozialdemokratische Partei schließlich dazu herbei, ein rein sozialistisches Ministerkabinetts zu bilden, das durch die Unterstützung der

Demokraten handlungsfähig gemacht werden könnte. Um halb 10 Uhr nachts konnte schließlich die Sitzung des Landtags zusammenbrechen, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. Zunächst wurde ein Schreiben Dr. Reigners verlesen, in dem er den Rücktritt des Kabinetts mittelst. Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten konnte jedoch zunächst noch nicht geschehen, da die Kommunisten Geschäftsordnungs-schwierigkeiten bereiteten. Deswegen wurde abermals eine Vertagung der Vollversammlung erforderlich. Inzwischen gingen die Beratungen über die Kabinettsbildung weiter. Wegen 1 Uhr nachts trat dann der Landtag abermals zusammen, um den Ministerpräsidenten zu wählen.

Neues vom Tage.

Neue Sparverordnungen.

Berlin, 31. Okt. Angesichts der Notwendigkeit, den Haushalt des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und der Gemeinden in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, hat die Reichsregierung Ersparnis-maßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen.

Da das Reich nicht mehr die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen des Versailler Vertrages ergebenden Lasten tragen kann, werden solche Lieferungen seit dem 11. August nicht mehr abgeschlossen. Nunmehr muß die Zahlung der Entschädigungen aus den Abrüstungs- und Entschädigungsrichtlinien vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden. Weitere Zahlungseinschränkungen lassen sich nicht vermeiden.

Bei der Neuregelung der Liquidations- und Ausgleichsschäden, die auch die Auslandsdeutschen und die Deutschen aus den abgetrennten Gebieten betreffen, fällt die Beihilfe des Reiches für Salutaschäden völlig weg. An Stelle der Stammschädigungen tritt ein Entschädigungszuschuß in Höhe von 3 vom Tausend.

Das Streben, mit dem kostspieligen Abwicklungsvorarbeit Schluß zu machen, veranlaßte die Reichsregierung, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Deutschen im beschleunigten Verwaltungsverfahren abzu-gewen sind.

Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz bemessener Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch eine Abminderungsverordnung genau geregelt.

Die Umgestaltung des Steuerrechts wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Bewertung der Vermögen soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten.

Weiter ist der Abbau der Kohlenwirtschaft beschlo-sen. Der Reichswirtschaftsminister hat nach Anhörung der Länder dem Abbauplan des Reichskohlenkommissars zugestimmt. Darnach fallen die Meldefarten und die Kohlenverteilungsstellen mit Ablauf des Jahres völlig fort.

Reichsregierung und Kartellwesen.

Berlin, 31. Okt. Das Reichskabinett hat sich mit der Verordnung beschäftigt, die auf Grund des Ermäch-tigungsgesetzes sich mit dem Kartell- und Syndikats-wesen befaßt. Der Reichsverband der deutschen In-dustrie beabsichtigt, einen Reichskartelltag nach Berlin einzuberufen, um sich seinerseits mit der Frage des Kartellwesens zu beschäftigen.

Kampffront der Beamten.

Berlin, 31. Okt. In der Sitzung der drei Beamten-Organisationen am Dienstag wurden von dem Deut-schen Beamtenbund und dem Gewerkschaftsbund eine Kampffront der Beamten gegen die an-geländigten bekannten Regierungsmaß-nahmen aufgerichtet. Die Kampffront ist unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel gedacht. Der Gesamtverband deutscher Beamter (Christlich-national) und der Reichsbund der höheren Beamten wurden

aus dieser Kampffront ausgespart, weil sie es ablehnten, in der jetzigen schwierigen Lage des Vaterlandes das Elend des Volkes einschließlich desjenigen der Beamten durch einen Streik zu vergrößern und an den Aktionen sich zu beteiligen, die als eine unmittelbare Befreiung des Berufsbeamtentums erkannt sind.

Freilassung der Ruhrgefangenen?

Essen, 31. Okt. Es liegen gute Gründe vor, anzunehmen, daß Frankreich sich nunmehr entschließen wird, den politischen Gefangenen des Ruhrkampfes allmählich wieder die Freiheit zurückzugeben. Zunächst sollen die Wirtschaftsführer und die deutschen Beamten entlassen werden. Sämtliche Fälle der großen Menge der übrigen Verurteilten werden ebenso wie die, für die ein Grund zur Bevorzugung vom französischen Standpunkt aus vorliegt, einzeln geprüft werden. Nach französischem Recht haben diejenigen, die in Abwesenheit verurteilt worden sind, das Recht, ein zweites Ver-fahren zu beantragen. Selbstverständlich wird die Durchführung der Begnadigung infolge der Einzelbehandlung der Fälle eine Menge Zeit in Anspruch nehmen. Für die Beurteilung durch Militärgerichte ist anscheinend der Oberbefehlshaber Degoutte, für Kriegsgerichtsfälle Poincaré zuständig.

Vertagung der Reparationskommission.

Paris, 31. Okt. Die Reparationskommission ist unter dem Vorbehalt von Paris zusammengetreten. Sie hat keine erteilte Beschlüsse gefaßt, nicht einmal die deutsche Note geprüft, in der die Unter-suchung zu vertagen, die eventuell mit der dem ge-planten Sachverständigenausschuß anzuerkennenden Untersuchung zusammenfallen würde. Die Reparations-kommission hat ihre Beratungen ohne bestimmten Zeit-punkt bis nach dem Ausgang der zwischen den ver-schiedenen Regierungen schwebenden Besprechungen, die auf die Ernennung des Sachverständigenausschusses hinzielen, hinausgeschoben.

Zustimmung Coolidges und Poincarés.

London, 31. Okt. Der englische Außenminister Lord Curzon hat dem amerikanischen Botschafter mitgeteilt, daß die Alliierten einstimmig die Vereinigten Staaten er-fuchen werden, den Vorsitzenden für einen Sachver-ständigenausschuß zu ernennen, der unter den von Poincaré vorgeschlagenen Bedingungen und im Auf-trag des Entschädigungsausschusses Deutschlands Ver-fähigkeitsprüfung soll.

Zustimmung zur Sachverständigenkonferenz.

Brüssel, 31. Okt. Der Ministerrat hat beschlossen, nachdem Großbritannien den Ausweg über die Sachverständigenkommission gewiesen ha-be, diesen anzunehmen und der Berufung einer internationalen Sachverständigenkommission zuzustim-men. Man berichtete dieses Ergebnis sofort nach Paris. Poincaré hat geantwortet, er sei mit dem belgischen Vorschlag einverstanden.

Schwere Kämpfe in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. Okt. Die zu förmlichen Gefechten zwischen Polizei und Plünderern sich auswachsenden Ausschreitungen haben nunmehr auch die Besatzungs-behörde zu härterem Einschreiten in die schweren Un-ruhen gebracht, unter denen Düsseldorf seit drei Tagen leidet. Die Besatzungsbehörde verlangt jetzt von der Polizei, daß sie rücksichtslos mit der Waffe gegen alle Plünderer vorgehe. Französisches Militär wird, wo es jetzt notwendig er-scheint, sofort zur Unterstützung der Polizei gestellt. Auch bei den Plünderungen und bei den Zusammen-stößen mit der Polizei am Samstagabend und am Sonntag war zu beobachten, wie ältere Leute die Ausschreitungen leiteten und lediglich größere Trupps von Jugendlichen ins Vordere treten schickten. Längere Feuertreffen gab es in den Stadtteilen Derendorf, Gerresheim und Oberbilk.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenrein.

(14)

(Nachdruck verboten.)

Einen Tag vor des Verbauers Hochzeit war das ge-sprochen worden. Aber der Verbauer war weder hart noch streng geworden und jetzt leuchtete er als alter kranker Mann leise in sich hinein: Zuviel gern hat ich sie halt geliebt. Mit gut, wenn die Weiber solches veripären.

„Darin im Haus sagt einige Stunden später die Bäurin zu ihrer Schwester: „Du mir so gut sein, Stasi, und pad das Rauchfleisch und die Butter ein. Ein Körbel ist auch dabei und steht alles in der Milchammer. Der Milchführer kann's dann morgen früh mitnehmen für die Martina. Ich weiß wohl, sie braucht's nit, aber man muß sich halt doch auch zeigen wegen der reichen Verwandtschaft. Bloß um Christwillen, daß der Bauer nit meckert davon!“

„Aha, tußt dich schon fürchten vor ihm?“

„Weißt nit! Aber du siehst es ja: 's ist ein rechtes Reuz, wenn der Mann alt wird und krank dazu. War kein Einsehen hat er mehr.“

„Aber der Himmelwatter hast doch einen Mantel ver-sprochen, daß er dir wieder gesund wird.“ Lacht die Stasi spöttlich. „Dob 's wohl gehört vorhin!“

„A ja, aber weißt, Stasi, eigentlich hab ich den Mantel versprochen dafür, daß der Hans die Kramer-Lois nimmt. Bloß daß ihn der Bauer nachher lieber gibt, hab ich ihm gesagt.“

„Dast eh recht. Er soll nur glauben, du gehst bloß wegen ihm in die Kirche. Geh nur fleißig! Wirst sehen, es zahlt sich aus heut oder morgen. Ich hab so meine Gedanken und Pläne. Und die geistlichen Herren, die kenn ich dir gut! Pass auf, die sollen dir noch einmal ein weiches Kestel machen, wenn...“

Sie bricht ab.

Ein kurzes geheimnisvolles Lachen beantwortet der Verbauer fragenden Blick. Dann sagt sie: „Aldann iah nur mich machen und die Sachen für die Martina schaff ich dir schon wie sonst aus dem Haus, ohne daß der Bauer was merkt.“

Am Abend, als der alte Basl vor der Ofenstür sitzt und seine Pfeife raucht, betrachtet er sorgenvoll seines Brotherrn Klingsten. Hans hat die Sichel gedengelt für den nächsten Tag, jetzt macht er sich in Schuppen zu tun und haßt Streu, obwohl das Abendbrot vorüber ist und alle Feierabend gemacht haben.

„Mit zu glauben ist's, was für eine Last in dem Duden steckt,“ denkt Basl. „Den ganzen Tag arbeitet er für jwei und nachher kann er sich einmal am Abend genug tun! Wird wohl nicht gefehlt sein, daß ihm die Dirm vom Tullnerjattel noch immer im Kopf kratzt. Aber zum Teufel, warum gibt er sich so willig drein? Täten gut zusammen passen, die zwei, und wenn er einmal nicht so viel Dagen mitbringt, wie man ehen-der geglaubt hat, du lieber Gott, die Kojel ist doch jetzt die Einzige zum Leben und schaffen kann der Hans, wie kein anderer. Sell muß doch wohl auch was gelten?“

Nach einer Weile steht der Basl bedächtig auf und tritt zu Hans.

„Wirst noch nit Feierabend machen, du? Reinerzeit waren die Burschen kurzweiliger. Da sind sie nach Feier-abend auf die Schürzenjagd gegangen anstatt zum Streu-schneiden.“

Hans arbeitet ruhig weiter. Dann wirft er finker hin: „Mit lang genug im Haus, daß du wissen könntest, ich bin kein solcher. Will eine nichts von mir wissen, so laß ich ihr nit nach.“

„Am. Sell wär eh gescheit. Aber leicht denkt die Dirm auch so? Könnst ja sein, daß sie nur wartet auf dein Kommen!“

Hans lacht wild auf.

Am Sonntag haben an mehreren Punkten verstärkte Kavallerie-Patrouillen und Infanterie-Ab-teilungen zur Unterdrückung von Ausschreitungen ein-gegriffen. Am Montag waren die meisten Geschäfte in allen Stadtteilen geschlossen. Nur wenige Lebens-mittelgeschäfte halten den Betrieb offen, aber Waren sind nicht mehr viel da. Einen unheimlichen Eindruck machen in den Hauptstraßen die vielen mit Brettern und Balken verschalteten Schaufenster der Geschäftshäuser. Nicht in allen diesen Geschäften sind die Fenster in Trümmer gegangen; viele Geschäfte haben aus Vor-sicht die Scheiben der Auslagenfenster verschalen lassen. Trotz der Verlängerung der Verkehrsperre auf 7 Uhr abends war es am Samstagabend noch spät zu Stro-henlämpfen und Plünderungen gekommen. Die Be-satzungsbehörde will deshalb die Verkehrsperre streng durchführen lassen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 1. November 1920.

* **Einschränkungen im Personenverkehrs.** Aus Ver-lin wird berichtet: Die Verschärfung der allgemeinen Wirt-schaftslogs und die Pflicht zu äußerster Sparsamkeit zwingt die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenverkehrs vorzunehmen. Die vom Reichsverkehrs-minister bereits angekündigten Maßnahmen werden nach einem jetzt festgelegten Plan, der auf die gegenwärtigen wirtschaf-tlichen Verhältnisse abgestimmt ist, ab 12. November durch-geführt. Etwa ein Fünftel der Züge des Fahrplans vom 1. Oktober fällt dann fort. An diese vorläufigen Ein-schränkungsmaßnahmen werden sich sofort Vorarbeiten für den organischen Aufbau eines neuen, auf schmalerer Grund-lage aufzubauenden Fahrplans anschließen, die eine weitere **Einschränkung beinhalten** sollen. Der neue Fahrplan wird allmählich schrittweise durchgeführt. Die Änderungen sollen allmählich in Kraft gesetzt werden, damit der neue Auf-bau des Fahrplans binnen wenigen Monaten beendet ist. — Da kann ja recht werden!

— Der Monat November. Er ist der letzte Herbst-monat, der Monat, in dem sich häufig die Vorbereitungen des Winters bemerkbar machen. Mit ihm stellt sich gewöhnlich der erste Frost ein, auch Schneefälle sind nicht selten. Daß der November ein unfreundlicher Geselle ist, zeigen seine deutschen Namen: Wind- oder Nebelmonat, auch Reibelung. Der Laubfall, der im Oktober bereits begonnen hat, hält im November weiter an, so daß die Räume bald vollständig ihrer som-merlichenzier beraubt sind. Nach einer alten Wetter-regel ist es gut, wenn die Entlaubung früh im No-vember erfolgt, denn es heißt: Falls im November das Laub früh zur Erde, soll ein feiner Sommer werden. Die bekanntesten Postage des November sind Allerheiligen (1. November), Martini (11.) und El-sabeth (19.). Von Allerheiligen heißt es: Wenn's zum Allerheiligen schneit, lege deinen Belz bereit. Von Martini: Wenn um Martini Reibel sind, wird der Win-ter meist gelind. Der Elisabethentag gilt als kündiger des Winters und von ihm wird gesagt: St. Elisabeth sagt's an, was der Winter für ein Mann. Die Ab-nahme der Tageslänge ist im November recht bedeu-tend, denn am Anfang des Monats beträgt die Tages-länge etwa 9 Stunden 50 Minuten und am Ende des November etwa 8 1/2 Stunden.

— Ermäßigung der Monatskarten. Zu der Nach-richt über Ermäßigung der Preise für Monats-, Schü-lermonats- und Kurzarbeiterwochenkarten um 15 Pro-zent wird von der Reichsbahndirektion Stuttgart mit-geleitet, daß die Preise für Monatskarten usw. ab 1. November nicht um 15 sondern um 50 Prozent ermäßigt werden.

„Dast sie mich mit Lunden vom Tullnerjattel berunte-legen! Ah nein — die Freud mach ich ihr nit!“

Basl klopfte kopfschüttelnd seine Pfeife aus.

„Sell glaubst doch selber nit von der Kojel, mein lieber Hans! Schau, ich mein halt immer, es tät euch beiden besser, wenn ihr einander ein gutes Wortel gäbet.“

Hans schweigt und haßt weiter.

Basl klopfte die Pfeife frisch und zündet sie umständ-lich an.

„Ja, ja, so mein ich. Du mein, wenn ich denk, wie ich selber jung war! Keine Arbeit hätt mich geirent, keine Ruh hätt ich gefunden bei der Nacht, wenn ich mit meiner Waberkel — Gott hab sie selig — in Unfriede-auseinander bin.“

„Kann einen auch nichts freuen dabei,“ brummt Hans verbissen, „aber den Unfriede hab ich nit angefangen, sondern die Allen. Und die Kojel... mein Gott, die Kojel gibt sich halt leicht drein. Kann sein, daß ich ihr zuwider bin als 'n Gregor sein Bruder, kann sein, sie hat mich nie rechtgeschaffen gern gehabt? Weissleut sind wie der Hahn am Kirchturn: sie drehen sich um und um, wie halt der Wind weht.“

„Ah — wirklich? Hat sie dir 'n Abschied gegeben?“ fragt Basl scheinbar harmlos neugierig. Hans schüttelt den Kopf.

„So viel Karasch hat sie nit gehabt. Bloß ausweichen tut sie mir und das... mir ist das genug.“

Basl lacht spöttlich.

„Wirst du aber ein Siebenschneiter! Reinerzeit waren die Burschen nit so. Aber Karasch haben sie mehr gehabt! Da hätt einer sich weder vor ein'm Großbauer gefürchtet noch vor seinem Hund, bald er sieht, wie sein Dirndl sich heimlich abhärmt und krank wird vor Sehnsucht nach ihm.“

Da läßt Hans die Art jäh auf den Hockblock sinken und starrt bestürzt auf.

(Fortsetzung folgt)

Die Bedingungen der Sozialdemokratie für den Verbleib in der Regierung.

WZB. Berlin, 1. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion setzte heute Abend folgenden Beschluß: Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1) Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. 2) Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Reichstagsfraktion offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.

3) Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei; Reichswachhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingeschaltete Soldaten rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Außerdem hat die Fraktion beschlossen, daß der Fraktionsvorstand bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die weitestgehende Wahrung und Maßnahmen gegen den vom Landbund propagierten und auch von den Landwirten gebilligten Lieferstreik zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen hat.

WZB. Berlin, 1. Nov. Den Blättern zufolge werden die sozialdemokratischen Führer heute früh dem Reichskanzler Dr. Stresemann die Bedingungen unterbreiten, unter denen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Kabinett verbleiben würde. Um 1 Uhr nachmittags wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wieder zusammentreten, um die Antwort des Reichskanzlers entgegenzunehmen und dann ihre endgültige Entscheidung darüber zu sprechen, ob die sozialdemokratischen Minister noch in der Regierung bleiben können oder nicht.

Stellungnahme der demokratischen Fraktion.

WZB. Berlin, 1. Nov. Im Reichstagsgebäude trat gestern der Vorstand der demokratischen Fraktion zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Nach eingehender Aussprache kam man zu dem Resultat, daß die sächsische Frage als gelöst zu betrachten ist, da sich die bisherige sächsische Regierung den Bedingungen des Reichskanzlers auf Niederlegung der Amtsgeschäfte gefügt habe.

Wie verlautet, ist der Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heintze, wieder in Berlin eingetroffen.

In der bayerischen Frage hat der Vorstand den Standpunkt eingenommen, daß die bayerische Regierung im Interesse einer schnellen Lösung des Konflikts eine klare Stellung einnehmen müsse und daß das Reich in seinen Forderungen nicht nachgeben dürfe. Der Vorstand wird diese Stellungnahme der Fraktion zur Kenntnis bringen, die am Freitag zu einer Sitzung zusammentritt.

Sachsen.

WZB. Berlin, 1. Nov. Der Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heintze, hat laut „Vossischer Zeitung“ dem Reichskanzler über die Vorgänge in Sachsen Bericht erstattet. Wie das Blatt bemerkt, dürfte zu erwarten sein, daß Dr. Heintze nicht mehr nach Dresden zurückkehrt.

WZB. Berlin, 1. Nov. Der neue sächsische Ministerpräsident Jellisch erklärte dem Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“, er habe den Reichskanzler von der Bildung des neuen Ministeriums telegraphisch verständigt und gebeten, die Abberufung Heintzes sofort zu veranlassen.

Wie die Blätter aus Dresden melden, richtete die sächsische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften einen Aufruf an die streikenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, in dem gesagt wird: Die Arbeiterklasse ist dem Ruß noch einem dreitägigen Proteststreik nachgekommen. Durch die Neubildung der verfassungsmäßigen Regierung mit dem Ministerpräsidenten Jellisch sind die Ursachen des Proteststreikes behoben.

Bayern.

WZB. Berlin, 1. Okt. Der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. von Preger, hat dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, gestern nach seiner Rückkehr aus München dem Reichskanzler die Auffassung des bayerischen Kabinetts über den Konflikt zwischen der bayerischen und der Reichsregierung mitgeteilt.

Die Sonderbändler.

WZB. Köln, 1. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus C. esfeld: Unter dem Druck der bewaffneten Stofftruppe der Sonderbändler bilden sich die unglaublichen Verhältnisse heraus, unter denen besonders die Geschäftsleute und die Landbesitzer zu leiden haben und durch die sie sogar unter Umständen zugrunde gerichtet werden. Truppe bewaffneter Sonderbändler nehmen Requisitionen vor, bei denen Kleidungsstücke, Schuhe usw. im Werte von vielen Millionen gegen Hinterlegung wertloser Scheine mitgenommen werden. Auch die Kohlentransporte für die sächsischen Gas- und Elektrizitätswerke wurden gestoppt. Der dadurch entstandene Schaden wird auf 30 bis 40 Millionen geschätzt. Ferner wurde Vieh weggeführt und auf dem sächsischen Schlachthof abgeschlachtet.

WZB. München, 1. Nov. Der politische Vertreter Bayerns bei der pfälzischen Regierung in Speyer, Gesandtschaftsrat Dr. Knoch, ist von General de Metz ausgewiesen worden. Knoch hat sich den Anzeigensplänen des Generals mit Entschiedenheit widersetzt.

WZB. Köln, 1. Nov. Krämer, einer der Separatistenführer, kam gestern nachmittags im Auto hier an und wurde von der Polizei sofort in Schutzhaft genommen.

WZB. Offen, 1. Nov. Aus Oberhausen wird gemeldet: Die Lage in Duisburg ist unverändert. Die Separatisten versuchen mit allen Mitteln, ihre Stellung zu festigen. Im Auftrag der angeblichen Regierung erließ Dr. Gottthar eine

Verordnung 1923 ab kann dieser Schein zur Einlösung angetreten werden.

Umsatz der württ. Industrie- und Handelskassen. Die Vorbereitungen für den Ausdruck der württ. Industrie- und Handelskassen sind so weit fortgeschritten, daß mit der Ausgabe der von dem Vertrauen und der unmittelbaren Unterstützung aller beruflichen Interessenten getragen, durch Goldnoten bei der württ. Vereinsbank am Mittwoch begonnen wurde.

Notgeld der Postverwaltung. Die Oberpostdirektion Stuttgart gibt außer den Gutschein zu 20 und 50 Millionen Mark nunmehr auch solche zu 100 Millionen aus. Sie sind gleichfalls unter Benützung von Hebererformularen des Postfachverkehrs auf demselben Papier (rosafarben mit Wasserzeichen mit Stern und Ringmuster) hergestellt. Alle Kassen der Post- und Telegraphenverwaltung in Württemberg haben die Gutscheine auch in der einzulösen.

Handel und Verkehr.

Dollarstand am 31. Oktober.

Berlin 72 319 000 000 G. 72 681 000 000 Br.

1 Goldmark = 17 214 (15 495) Millionen Papiermark.

Amtl. Berliner Devisenliste vom Mittwoch, 31. Okt.:

- Amsterdam 28 329 G., 28 471 Br.
Brüssel 3551 G., 3669 Br.
Christiania 11 172 G., 11 228 Br.
Kopenhagen 12 569 G., 12 631 Br.
Stockholm 19 152 G., 19 248 Br.
Italien 3252 G., 3268 Br.
London 324 188 G., 325 812 Br.
Paris 4269 G., 4291 Br.
Schweiz 12 868 G., 12 932 Br.
Spanien 9676 G., 9724 Br.
Deutsch-Österreich 1 017 G., 1 023 Br.
Breg 2115 G., 2125 Br.
Buenos-Aires 24 142 G., 23 258 Br.
Goldanleihe 72,5.
Dollarschatz — (hierfür wurde jeder Preis bez.).

Wirtschaftszahlen vom Mittwoch:

- Umrechnungssatz f. Steuern und Zölle 1 500 Millionen.
Goldankaufspreis 1 Kilo = 640 Dollar.
Silberankaufspreis (29. Okt.) 7000 Millionenfach.
Stuttgarter Index (29. Okt.) 11 104,8 Millionenfach.
Buchdruckerstättenzahl (30. Okt.) 800 Millionen.
Zeitungsanzeigenschäftszahl (30. Okt.) 24 Millionen.

Die Million-Mark (MM).

Aus Kreisen der Banken wird mitgeteilt: Die fortgeschrittene Währungsgerüttung und die hiermit verbundene Ausblähung des Zahlensystems macht nach Einführung der MM (= Tausendmark) eine weitere Vereinfachung der zahlenmäßigen Darstellung der Marktrträge notwendig. Das gesamte deutsche Bankgewerbe, also auch die staatlichen Geldinstitute, insbesondere auch die Reichsbank, wird daher mit Wirkung vom 1. November 1923 ab bei auf Papiermark lautenden Beträgen buchungs- und korrespondenzmäßig die MM (Million-Mark) einführen. An Stelle der fortgelassenen sechs Nullen tritt also die Bezeichnung MM. Spitzbeträge, die unter einer Million M. liegen, werden in Zukunft als nicht geschrieben betrachtet werden. Durch diese Bekürzung der Zahlen wird eine wesentliche Vereinfachung und Vereinfachung sowie eine leichtere Lesbarkeit erzielt.

Das Publikum wird gebeten, sich diesem Verfahren anzuschließen und im Schriftwechsel vom 1. November 1923 an nur noch die Million-Mark anzuwenden, wie auch die Banken von diesem Tage an ihre Aufgaben ausschließlich in Million-Mark machen werden. Ein Betrag von beispielsweise 61 657 560 000 000 M. wird in Zukunft demzufolge 61 657 560 MM geschrieben werden. In der wörtlichen Wiederholung der Beträge auf Cultivungen, Schecks, Wechseln und anderen Dokumenten werden die Beträge in derselben Weise, wie sie gesprochen werden, geschrieben. Der obige Betrag also:

Einundsechzig Billionen, Sechshundertfiebenund-fünzig Milliarden, Fünfhundertundsechzig Millionen Mark.

Die Banken behalten sich vor, diejenigen Beträge, welche ihnen nach dem 1. November 1923 noch in der alten Form aufgegeben werden, in MM abzuändern und auszuführen. Nachteile, welche aus der Nichtanwendung der MM sich ergeben, sollen zu Lasten des Kunden.

Amtl. Berliner Produktennotierungen vom 31. Okt. Weizen, märk. 173-176,25, steigend; Roggen, märk. 167-168; Sommergerste 158-159,50; Haber, märk. 132-134, steigend; in Milliarden: Weizenmehl 26 bis 28,75, steigend; Roggenmehl 26-28,75, steigend; in Goldmark: Raps 250-252, steigend; in Milliarden; Viktoriaerbsen 38-42, K. Speiseerbsen 35-38, Rapsrüben 10,90-10,95, Torfmelasse 5,50-5,70, in Goldmark.

Weizenpreis. Die Notierungen lauteten am Mittwoch vormittags für Weizenmehl Spez. 0 auf 600 Milliarden, am Mittwoch nachmittags infolge Steigerung der Devisen auf etwa 620 Milliarden. Für Brotmehl 10 Prozent niedriger.

Stuttgarter Börse, 31. Okt. Die täglich ungünstiger werdende Finanzlage des Reiches läßt jegliches Vertrauen zu der Finanzpolitik des Staates schwinden. Die Kauforders waren daher heute in so großer Anzahl vorhanden, daß die Kurseinstürze der letzten Börse nicht nur ausgeglichen, sondern die Kurse vielfach verdoppelt wurden. — Im Freiverkehr war das Geschäft äußerst lebhaft. Auch hier war das angebotene Material nur zu steigenden Preisen zu haben. Besonders scharfe Nachfrage bestand nach Reisinger Kartonnagen, welche heute von 40-70 in großer Anzahl aus dem Markt genommen wurden.

— Milchverfälschung. Nach einer in einer Reihe von Tageszeitungen erschienenen Mitteilung sollen die bestehenden Vorschriften über Milchverfälschung auf 1. November d. J. aufgehoben werden. Diese Nachricht entspricht keineswegs den Tatsachen, vielmehr wird die Verwirklichung der Milch in dem bisherigen Umfang auch wie vor ausreicht erhalten bleiben.

— Wertbeständige Viehschlachtmilch. Die nach den bisherigen Anordnungen erhobenen Beiträge zur Viehschlachtmilch für das Jahr 1924 haben sich infolge der ungeheuren Steigerung der von der Zentralfabrik der Viehschlachter aufzubringenden Entschädigungssummen als ganz unzureichend erwiesen. Der gesamte Umlagebetrag ist nicht höher, als die zur Zeit für ein einziges Großviehstück zu leistende Entschädigung. Es sind deshalb nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern vom heutigen Tag ab weitere Beiträge zu entrichten, und zwar für Pferde im Alter von 1 Jahr und mehr, die nicht einer kleinen Rasse angehören, und für Mantiere 75 Goldpfennige, für Fohlen, Pferde kleiner Rassen, Esel und Maulesel 25 Goldpfennige, für Kinder im Alter von 3 Monaten und mehr gleichfalls 25 Goldpfennige und für weniger als 3 Monate alte Kälber 10 Goldpfennige. Maßgebend für die Berechnung ist der Goldmarkmittelpreis vom 31. Oktober 1923. Die Beiträge müssen in der Zeit vom 3.-7. November 1923 von den Gemeinden eingezogen werden. Zu Beiträgen, die in dieser Zeit nicht bezahlt werden, tritt ein Zuschlag, der für die nächstfolgenden 5 Tage (8.-12. November) auf 50 v. H. des Grundbetrags festgesetzt worden ist, und der sich in Zeiträumen von je fünf weiteren Tagen um je 50 v. H. des Grundbetrags erhöht.

Reuenbürg, 31. Okt. (Betriebsstilllegung.) Die Not der Zeit zwingt die Kraftwagen-Gesellschaft Reuenbürg-Herrenalb-Wildbad, ihre Kraftfahrzeuge Reuenbürg-Herrenalb und Wildbad-Englödferle bis auf weiteres einzustellen. Sie ist dazu gezwungen, weil durch die sehr hohen Holzpreise die Freizugung derzeit zurückgeht, daß von einer Rentabilität nicht mehr gesprochen werden kann.

Stuttgart, 31. Okt. (Württemberg und die Reichssteuer.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zeitungsnaechrichten zufolge sind in Bayern Bestrebungen im Gange, die auf eine Verweigerung der Bezahlung der Anfang November fälligen Raten der Arbeitsgeberabgabe und der Landabgabe hinauslaufen. Die schon mehrfach bekannt gegeben, hat die württ. Regierung wiederholt die schwersten Bedenken gegen diese Steuern in ihrer jetzigen Form und Höhe geltend gemacht und mit allem Nachdruck eine rasche Änderung des Reichsgesetzes über die Besteuerung der Betriebe gefordert. Sie hat ihre Vorstellungen in dieser Sache neuerdings wieder in dringlichster Form wiederholt und das Reichsfinanzministerium aufgefordert, an eine sofortige Umgestaltung der Betriebssteuer heranzutreten und schon für die Novembertermine die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die württ. Regierung wird auch weiterhin mit allen ihr zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln für die Verwirklichung ihrer Ueberzeugung wirken, muß es aber entschieden ablehnen, eine ungesetzliche Steuererweigerung irgendwie zu unterstützen.

Wegereikontrolle. In Ausführung der Verordnung zur Sicherung des Warenverkehrs vom 22. Okt. fand eine Kontrolle der Stuttgarter Wegereien statt. Wegen neun Wegereien mußte eingeschritten werden, weil sie ihren Loden während der üblichen Geschäftszeit geschlossen hielten. Auch wurden ihre Fleischwaren, welche sie vorfalschlicherweise in den Kühlzellen des Schlachthofes befestigen hatten, wegen Verstoßes der Zurückhaltung von Waren vorläufig beschlagnahmt.

Virkus. Das bekannte Virkus-Unternehmen Busch, das im letzten Winter durch die Reichhaltigkeit seiner Darbietungen viele Freunde gewann, nimmt am 1. November in der Stadt Reithalle in der Forststraße seine Vorstellungen wieder auf.

Michelbe (bei Bradenheim), 31. Okt. (Tödliger Anfall.) Der Bäcker und Spezereihändler Friedrich Wätherich kam in seiner Scheuer zu unglücklich zu Fall, daß der Tod sofort eintrat.

Hedingen, 31. Okt. (Wucherstrafen.) Das Wuchergericht verurteilte wegen Preistreiberi den Händler Michael Müller aus Mannheim zu 1 Woche Gefängnis, 300 Milliarden Geldstrafe und Einziehung des Erlöses, ferner den Landwirt Jakob Fauser aus Belsen zu 10 Tagen Gefängnis, 300 Milliarden Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns.

Hedingen, 30. Okt. (Verkehrsebeschränkung.) Infolge des Verkehrsrückgangs auf der hohenzollerischen Landesbahn wird vom 1. November ab ein eingeschränkter Fahrplan durchgeführt, nach welchem an den Werktagen auf der Hauptlinie Ebnach-Sigmaringen bzw. auf einzelnen Streckenabschnitten nur noch 2-3 Züge in jeder Richtung, auf der Linie Kleinengstingen-Sammerringen nur noch ein Zug in jeder Richtung verkehren wird.

Neues Geld.

Staatliches Notgeld. Durch den andauernden außerordentlich starken Mangel an Zahlungsmitteln ist auch der württ. Staat, um die Zahlung der Beamtenbezüge usw. in den nächsten Tagen durchführen zu können, genötigt, zur vorübergehenden Ausgabe von Notgeld (Kassenscheine) zu schreiten. Eine vom Staatsministerium am 27. Oktober erlassene Notverordnung mit Gesetzeskraft bevollmächtigt den Finanzminister zur Ausgabe von Kassenscheinen. Das württ. Staatsministerium ordnet an, daß diese Kassenscheine von allen Kassen des württ. Staats, der württ. Amtskörperschaften und Gemeinden in Zahlung zu nehmen sind. Die Scheine haben etwa die Größe der grünen Reichsbanknoten über 10 Millionen Mark vom 22. August 1923. Das weiße Papier zeigt ein gut sichtbares senkrecht durchlaufendes Wasserzeichen mit ornamentalem Bandmuster. Vom 15.



Bekanntmachung, in der der Handel aufgefördert wird, das Rotgeld anzunehmen, widrigenfalls eine Gefängnisstrafe bis zu 2 Monaten und eine Geldstrafe bis zu 2000 Goldmark verhängt werde. Die Pländerungen nehmen ihren Fortgang. Von den Belgieren wurden 20 Separatisten wegen Diebstahl und Pländerungen festgenommen. Das Büro des Erkennungsdienstes der Kriminalpolizei wurde völlig zertrümmert, der deutliche Beweis dafür, was für ein verbrecherisches Gesindel sich unter den Separatisten befindet. Ueber den sich als Oberbürgermeister aufspielenden Böhmerrevisor Engel, der gebürtiger Elsässer ist, wird noch bekannt, daß Engel vor 12 Jahren aus der Christlichen Gewerkschaftsbewegung nach Verübung von Unterschlagungen hinausgeworfen worden ist. Er fuhr dann mit einem adelbelehmbundenen Frauennimmer nach Paris, seine Frau und seine unminorigen Kinder der öffentlichen Fürsorge überlassend. Die Stadtverwaltung von Duisburg hat ein Flugblatt an die Bevölkerung erlassen, in dem es u. a. heißt: Die gesamte Verwaltung ist lahmgelegt. Die Folgen sind Not, Elend, Pländerungen und Verzweiflung. Gewissenlose Führer lassen durch landfremde Elemente auf die wehrlose Bevölkerung schießen, was zahlreiche Opfer fordert. Daraus gibt es nur eine Antwort: Die gesamte Bürgerschaft muß sich gegen Engel und Konsorten auflehnen und alle ihre Verordnungen unbeachtet lassen. Nur wenn die gesamte Bevölkerung einmütig diesen Standpunkt einnimmt, wird es möglich sein, daß die Stadtverwaltung zu einer geordneten Tätigkeit zurückkehrt.

WZ. Groß-Gerau, 31. Okt. Gestern Abend wurde hier das Kreiskamt und die Post von den Sonderbändlern mit Hilfe der Weisung besetzt.

Zwei Schritte Englands in Paris.

WZ. Paris, 1. Nov. Die Japansagentur teilt mit: Durch Vermittlung ihres Botschafters in Paris hat die englische Regierung gestern zwei Schritte bei der französischen Regierung unternommen, deren Charakter unterstrichen werden muß, denn sie entsprechen in glücklicher Weise den von der französischen Regierung in ihrer ersten Note bekanntgegebenen Dispositionen. Das Foreign Office hat den Dual d'Orsay auf die Rechtslage aufmerksam gemacht.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Sicherung des Warenverkehrs.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 hat die Reichsregierung unterm 22. Oktober folgenden verordnet:

§ 1. Wer Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kleinhandel feilhält, ist verpflichtet, seine für die Abgabe dieser Waren bestimmten Geschäftsräume während der für die Geschäfte dieser Art üblichen Verkaufszeit zur Abgabe von Waren geöffnet zu halten.

§ 2. Verkäufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Kleinhandel sind verpflichtet, ihre Waren gegen Entrichtung des Preises in Reichsmark abzugeben.

§ 3. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe.

§ 4. Von der zuständigen Behörde kann bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 und 2 der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt werden.

§ 5. Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 schuldhaft zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Wer es unternimmt, Geschäfte, Verkaufsstände oder andere Warenvertriebsstellen zu plündern, gewaltsam Waren wegzunehmen oder durch Androhung von Gewalt die Abgabe von Waren zu erzwingen, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe vorgesehen ist, mit Gefängnis nicht unter 1 Jahr bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus. Mit gleicher Strafe wird bestraft, wer zu Handlungen der im Abs. 1 genannten Art anreizt.

§ 7. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, für ausreichenden Schutz der Geschäfte, Verkaufsstände und sonstigen Vertriebsstellen für Gegenstände des täglichen Bedarfs Sorge zu tragen.

§ 8. Die obersten Landesbehörden sind befugt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen. Bestimmungen der Landesbehörde auf Grund weitergehender Ermächtigungen bleiben gültig.

§ 9. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Ragold, den 30. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Die nach dem Staatsanzeiger v. 27. 10. 23 Nr. 252 zu leistende Nachzahlung ist am 30/31. 10 den Gehaltsempfängern abzuweisen worden.

Staatsrentamt Girsau.

Zur gefl. Beachtung!

Die augenblicklichen hohen Ausgaben für Heizung und Beleuchtung zwingen uns, unser Hauptgeschäft bis auf weiteres

um 5 Uhr abends zu schließen.

In dringenden Fällen wird auch außerhalb der Geschäftszeit Ware, besonders Arzneimittel abgegeben.

Fa. Gebr. Benz
Löwen - Drogerie
Nagold und Ebhausen.

die eine Bekämpfung gewisser Privilegien von Deutschland nach sich ziehen könnte durch den Umstand, daß sie den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet und infolgedessen nicht unmittelbar die Verpflichtungen übernommen hätten, die sich für das Reich daraus ergäben.

Der diplomatische Berichterstatter der Japansagentur glaubt zu hoffen, daß die englische Mitteilung entgegen gewissen Vermutungen sich auf diese Erklärung beschränkt. Sie bringen keine Kritik an den Maßnahmen vor, die die französische und die belgische Regierung angeht die separatistischen Bewegung zu treffen veranlaßt worden seien, um in ihren Besatzungszonen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Eine gleichlautende Mitteilung sei in Brüssel der belgischen Regierung gemacht worden.

Der zweite englische Schritt habe den Zweck, der französischen Regierung den Vorschlag zu machen, eine Kollektivschuldung Englands, Frankreichs, Italiens u. Belgiens an die Vereinigten Staaten ergehen zu lassen, sich in dem Sachverständigenausschuß vertreten zu lassen, der damit betraut werden solle, eine wirtschaftliche Enquete über die deutsche Zahlungsfähigkeit und über die Mittel vorzunehmen, über die Deutschland zur Begleichung seiner Schulden verfüge. Die vier Mächte würden Amerika den Dank für seine Mitwirkung aussprechen, um es zur Ernennung seines Delegierten durch Vermittlung des amerikanischen Beobachters in der Reparationskommission zu veranlassen.

Wie man sieht, so sagt der Japansagentur hinzu, erhebt die englische Regierung keinerlei Einwendungen. Sie verlangt von der französischen Regierung keinerlei weiteren Angaben über ihre Absichten, wie aus London fälschlich gemeldet wurde. Poincaré hat natürlich nicht die Zeit gehabt, die beiden englischen Mitteilungen schon gestern zu beantworten. Der Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit, der aus ihnen spricht, dürfte in den beteiligten Kreisen gebührend gewürdigt werden. Insbesondere ist der französische Standpunkt in den beiden Fragen, die die Note behandelt, so entschieden klar, daß man mit aller Entschiedenheit den Sinn der Antwort des Dual d'Orsay voraussehen kann. Was die separatistische Bewegung im Rheinland anlangt, so gedenkt die französische

ebenso wie die belgische Regierung die Verantwortung dafür zu übernehmen, denn sie lassen die beteiligte Bevölkerung aus ihrem eigenen Erassesten handeln. (Wie die Repetition des eigenen Erassesten der Bevölkerung im besetzten Gebiet ausbleibt, das hat man dort stündlich Gelegenheit zu sehen. Ueber die Verlorenheit Frankreichs geht wirklich nichts!)
Schritt um Schritt.

WZ. St. M., 31. Okt. Der hiesige französische Kreisdelegierte hat angeordnet, daß die Besatzung der Deutscher nicht mehr nach Frankfurt oder Berlin notifiziert, sondern nach der Festlegung in Mainz und Wiesbaden erfolgen soll, die eine weit höhere Bewertung der französischen Franken, des Dollars usw. vorsieht.

Krupp von Bohlen und Halbach.

WZ. Paris, 31. Okt. Einer Meldung der Agence Havas aus Düsseldorf zufolge hat sich Krupp von Bohlen und Halbach, der von der Besatzungsbehörde auf 7 Tage in Freiheit gesetzt worden war, heute im Düsseldorf-Gefängnis wieder eingefunden. Er ist aufs Neue auf 7 Tage provisorisch freigelassen worden.

Ein politischer Mord in Bulgarien.

WZ. Sofia, 31. Okt. Der führende Minister Simoff, wurde gestern beim Betreten seines Hauses ermordet. Bei seiner Begleitung befindliche frühere Gesandte in Berlin, Geschoff, wurde schwer verletzt.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Sie müssen

heute eine Zeitung lesen, wollen Sie sich nicht selbst aufgeben und großen Schaden leiden. Bestellen Sie deshalb sofort unsere Zeitung für den Monat November.

Die Bezahlung bei der Post gilt als Anzahlung.

Landw. Bezirksverein Nagold.

Kommenden Samstag, 3. Nov. d. J. vormittags 10 Uhr kommen auf der Jungviehweide Huterschwandorf folgende Gegenstände gegen Barzahlung

zum Verkauf:

1 eiserner Brunnentrog (auch für Gemeinden und Gutsbetriebe geeignet), 1 Pferddegöppel, 1 Futterschneidmaschine, 1 led. Treibriemen, (27 m), 1 Dungkarren, 1 Tisch, ferner Stühle, Tirolerglocken mit Lederriemen, Futterkrippen, Stangen, Stricke usw.

Nähere Auskunft erteilt Herr Schultzeich Bessey-Oberschwandorf.

An demselben Tag findet um 1/2 3 Uhr nachm. im **Bewerbeschulhaus in Nagold** eine

Vollversammlung

des Bezirksvereins statt, bei der ein Vertreter des landw. Hauptverbandes

über brennende landw. Tagesfragen

sprechen wird. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Ebhausen, 31. 10. 23. Kleiner.

Heberberg, 31. Okt. 1923.

Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt machen wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein I. Gatte, unser I. Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater

Jakob Friedrich Belker

Holzhauser

im Alter von 63 Jahren nach langer, schwerer Krankheit entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr.

Gartweiler.

Holz-Verkauf.

Am Samstag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus im öffentlichen Auktions

ca. 16 Ferkmeter Langholz
5 1/2 Km. lann. Brennholz.

Gemeinderat.

Hochdorf.

Langholz-Verkauf.



Am Montag, den 5. Nov., vormittags 10 Uhr, kommen auf dem Rathaus zu

27 Ferkmeter Langholz

Abteilung Sägmühlwald, zum Verkauf.

Biebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Schwarzwald-Drogerie

Altensteig.

Reiner werter Rundschaff bringe ich zur gef. Kenntnis, daß ich von heute ab

meine Drogerie
wieder selbst führe.

F. W. Gutekunst
Chemiker.

Altensteig.

Zu möglichst sofortigem Eintritt suchen wir einen kaufmännisch vorgebild.

jungen Mann
oder Fräulein.

Städt. Girokaffe.

Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte u. Private liefert schnell und preiswert die
W. Rieker'sche Buchd.

